Beilage 1386/2007 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen
Landtags

betreffend das Landesgesetz, mit dem das Öö. Gesundheitsfonds-
Gesetz geändert wird

(Öö. Gesundheitsfonds-Gesetz-Novelle 2008)

A. Allgemeiner Teil

I. Anlass und Inhalt des Gesetzentwurfs

Das Öö. Gesundheitsfonds-Gesetz, LGBl. Nr. 2/2006, ist am 1. Jänner 2006
in Kraft getreten. Die Erlassung dieses Landesgesetzes war zur Umsetzung
der Vereinbarung gemäß Art. 15a

B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens für
die Jahre 2005 bis 2008, LGBl. Nr. 83/2005, erforderlich.

In Entsprechung der Einigung im Rahmen des vorgezogenen
Finanzausgleichs wurde nun zwischen dem Bund und den Ländern als
Vertragsparteien eine neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die
Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens für die Jahre 2008
bis 2013 abgeschlossen. Diese Vereinbarung tritt mit 1. Jänner 2008 in
Kraft. Die für die Jahre 2005 bis 2008 abgeschlossene Art. 15a B-VG-
Vereinbarung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft. Dies
erfordert eine rasche Anpassung des Öö. Gesundheitsfonds-Gesetzes.

In der Präambel der neu beschlossenen Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG
bekennen sich die Vertragsparteien auch weiterhin zu einer umfassenden
medizinischen Versorgung für alle Menschen unabhängig vom Alter und
Einkommen. Dabei gelten die Grundsätze der solidarischen Finanzierung,
eines gleichen und niederschweligen Zugangs zu Leistungen sowie hoher
Qualität und Effizienz bei der Leistungserbringung. Mit dieser Vereinbarung
erfolgt die Fortschreibung und Intensivierung der bereits in der vergangenen
Vereinbarungsperiode vereinbarten und begonnenen Maßnahmen einer
gemeinsamen Steuerung und Planung. Planungsziele und Grundsätze
werden dabei grundsätzlich in einem Österreichischen Strukturplan
Gesundheit gemeinsam festgelegt und die Planung erfolgt in den regionalen
Strukturplänen auf Landesebene.

Alle zur Durchführung der Vereinbarung notwendigen bundes- und
landesgesetzlichen Regelungen, jedenfalls soweit es die Umsetzung der
finanzierungs- und organisationsrechtlichen Bestimmungen dieser
Vereinbarung betrifft, sind mit 1. Jänner 2008 in Kraft zu setzen.

Als wesentliche Punkte dieses Gesetzentwurfs sind anzuführen:

- Fortschreibung des Öö. Gesundheitsfonds entsprechend der Vereinbarung
gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des
Gesundheitswesens für die Jahre 2008 bis 2013;
- Erweiterung der Mitglieder der Gesundheitsplattform durch einen Vertreter
des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger;
- Einräumung eines Stimmrechts für den Vertreter des Bundes;
- Konkretisierung der über den Reformpool zu finanzierenden Projekte;

- erforderliche Übergangsregelung für die Mitglieder der Gesundheitsplattform.

Der vorliegende Gesetzentwurf enthält keine Verfassungsbestimmung. Da gemäß Z. 11 der Novelle ein Mitglied der Gesundheitsplattform vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bestellt wird, wird sicherheitshalber die Bundesregierung gemäß Art. 97 Abs. 2 B-VG um Zustimmung ersucht werden.

II. Kompetenzgrundlagen

Das vorliegende Landesgesetz stützt sich hinsichtlich der organisationsrechtlichen Vorschriften auf Art. 15 B-VG. Inhalte, die dem Krankenanstaltenrecht zuzuordnen sind, stützen sich auf Art. 12 Abs. 1 Z. 1 B-VG.

III. Finanzielle Auswirkungen

Durch diese Novelle sind weder für das Land noch für die Gemeinden gegenüber der derzeitigen Situation Mehrkosten zu erwarten.

Die Dotierung des Oö. Gesundheitsfonds ergibt sich aus Art. 21 der Art. 15a B-VG-Vereinbarung. Der administrative Aufwand für die Heranziehung des Amtes der Oö. Landesregierung für die Führung der ausschließlich den intramuralen Bereich betreffenden, laufenden Geschäfte wird dem Land wie bisher vom Fonds ersetzt.

IV. EU-Konformität

Dieser Gesetzentwurf steht mit keinen zwingenden gemeinschaftsrechtlichen Vorschriften im Widerspruch.

V. Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft

Dieses Landesgesetz hat keine unterschiedlichen Auswirkungen auf die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft, insbesondere auf Frauen und Männer.

B. Besonderer Teil

Zu Art. I Z. 1:

Im Rahmen des vorgezogenen Finanzausgleichs wurde auch eine neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens verhandelt, die die Art. 15a B-VG-Vereinbarung für die Jahre 2005 bis 2008 mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft setzt. Die Vertragsparteien einigten sich grundsätzlich auf die Weiterführung der mit der Gesundheitsreform 2005 eingeleiteten Organisations- und Finanzierungsreform. Der mit dem Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz eingerichtete Oö. Gesundheitsfonds hat nunmehr die in der neuen Art. 15a B-VG-Vereinbarung für die Jahre 2008 bis 2013 umschriebenen Aufgaben wahrzunehmen.

Zu Art. I Z. 2:

Nach der zwischen Bund und Ländern ausverhandelten Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens für die Jahre 2008 bis 2013 werden die Aufgaben der Gesundheitsplattformen beibehalten und im Hinblick auf die notwendigen Schwerpunkte der nächsten Jahre entsprechend aktualisiert und ergänzt. U.a. wurde die Abstimmung der Inhalte und die Weiterentwicklung der regionalen Strukturpläne Gesundheit festgeschrieben und Kapazitätsfestlegungen für die Erbringung von Gesundheitsleistungen in allen Gesundheitsbereichen vereinbart. Neben der bisherigen Aufgabe der Umsetzung von leistungsorientierten Vergütungssystemen ist nun auch die Erprobung und Umsetzung von Modellen zur sektorenübergreifenden Finanzierung des ambulanten Bereichs Aufgabe des Gesundheitsfonds.

Zu Art. I Z. 3:

Die Änderungen der Ziffernbezeichnung ergibt sich durch die Anpassung der Aufgaben des Gesundheitsfonds an die neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG.

Zu Art. I Z. 4, 5 und 6:

Die Verweise werden an die neue Art. 15a B-VG-Vereinbarung angepasst.

Zu Art. I Z. 7:

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Reformpoolprojekte haben sich die Vertragsparteien darauf verständigt, die über Reformpools zu finanzierenden Projekte näher zu konkretisieren und zu differenzieren. So sollen insbesondere die unter Z. 1 bis 4 angeführten Projekte bei entsprechender Vereinbarung der seitens des Landes und der Sozialversicherung einzubringenden Mittel im Rahmen der Reformpools gefördert werden. Die Höhe der dafür bereitzuhaltenden Mittel ist nicht mehr festgelegt.

Zu Art. I Z. 8:

Oberstes Organ des Oö. Gesundheitsfonds ist die Gesundheitsplattform. Der Gesundheitsplattform gehören Vertreterinnen und Vertreter der wesentlichen Institutionen im österreichischen Gesundheitswesen an. Zusätzlich ist nunmehr vorgesehen, dass der Gesundheitsplattform auch der Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger ohne Stimmrecht angehört. Dadurch soll es dem Hauptverband ermöglicht werden, seine Koordinierungsfunktion im Rahmen der Sozialversicherung zu intensivieren.

Zu Art. I Z. 9 und 10:

In der Gesundheitsplattform war auch schon bisher ein Mitglied, das von der Bundesregierung bestellt wird, vertreten. In der neuen Art. 15a B-VG-Vereinbarung wurde nunmehr festgelegt, dass der Bund jedenfalls mit Stimmrecht in der Gesundheitsplattform vertreten ist. Die Abstimmungsregelungen liegen im Rahmen der Vorgaben der Vereinbarung.

Zu Art. I Z. 11:

Die Änderung dient der Anpassung an die neue Art. 15a B-VG-Vereinbarung.

Zu Art. I Z. 12:

Die Verweise dienen der Anpassung an die neue Art. 15a B-VG-Vereinbarung.

Zu Art. II (In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmung):

Zu Art. II Z. 1:

Das In-Kraft-Treten gründet sich auf Art. 49 Abs. 1 der Art. 15a B-VG-Vereinbarung über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens für die Jahre 2008 bis 2013.

Zu Art. II Z. 2:

Die Mitglieder des Landes sind von der Landesregierung gemäß § 7 Abs. 1 Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz nur für die Dauer der Vereinbarung bestellt. Da die für die Jahre 2005 bis 2008 beschlossene Vereinbarung mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft tritt, ist es erforderlich, dass bis zur neuen Bestellung der Mitglieder durch die Landesregierung die bisherigen Mitglieder ihre Funktion weiterhin ausüben können.

Die unterzeichneten Abgeordneten beantragen, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz geändert wird (Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz-Novelle 2008), beschließen. Dieser Antrag wird gemäß § 26 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung als dringlich bezeichnet.

Linz, am 29. November 2007

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Röper-Kelmayr, Chansri, Lischka

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Aichinger, Stelzer, Strugl

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz

**Landesgesetz,
mit dem das Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz geändert wird
(Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz-Novelle 2008)**

Der Oö. Landtag hat beschlossen:

Artikel I

Das Oö. Gesundheitsfonds-Gesetz, LGBl. Nr. 2/2006, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 1 wird der Zeitraum "2005 bis 2008" durch "2008 bis 2013" ersetzt.

2. § 2 Abs. 1 Z. 3 und 4 lauten:

"3. Abstimmung der Inhalte sowie allfälliger Anpassungen, Wartungen und Weiterentwicklungen des regionalen Strukturplans Gesundheit (Detailplanungen gemäß Art. 3 und 4 der Vereinbarung) bzw. von Kapazitätsfestlegungen für die Erbringung von Gesundheitsleistungen in allen Sektoren des Gesundheitswesens, wobei die Qualitätsvorgaben gemäß Z. 1 zu berücksichtigen sind;

4. Erprobung und Umsetzung von Modellen zur sektorenübergreifenden Finanzierung des ambulanten Bereichs sowie Umsetzung von leistungsorientierten Vergütungs-systemen (ergebnisorientiert, pauschaliert und gedeckelt) unter Berücksichtigung aller Gesundheitsbereiche auf Basis entsprechender Dokumentationsysteme;"

3. § 2 Abs. 1 Z. 8 und 11 entfallen.

4. Im § 2 Abs. 2 Z. 1 wird der Ausdruck "Art. 20" durch den Ausdruck "Art. 25" und in Z. 9 wird der Ausdruck "Art. 35" durch den Ausdruck "Art. 40" ersetzt.

5. Im § 3 Z. 1 bis 3 sowie Z. 5 und 6 wird jeweils der Ausdruck "Art. 17" durch den Ausdruck "Art. 21" ersetzt.

6. Im § 3 Z. 4 entfällt der Klammerausdruck und wird durch die Wortfolge "(diese Mittel werden bis 2013 weiterhin in der bisherigen Form zur Verfügung gestellt und wie im Jahr 2007 an die Landesgesundheitsfonds verteilt) gemäß Art. 21 Abs. 1 Z. 4 der Vereinbarung;" ersetzt.

7. § 4 lautet:

"§ 4

Reformpool

(1) Projekte der Integrierten Versorgung und Projekte, die Leistungsverschiebungen zwischen dem intra- und extramuralen Bereich auf Landesebene zur Folge haben, sowie die sektorenübergreifende Finanzierung des ambulanten Bereichs werden über einen gemeinsamen Reformpool finanziert.

(2) Der Reformpool dient zur Förderung insbesondere der Projekte gemäß Art. 31 Abs. 2 der Vereinbarung.

(3) Voraussetzung für die Förderung dieser Projekte ist, dass sich das Land und die Sozialversicherung im Voraus auf diese Maßnahmen inhaltlich einigen.

(4) Voraussetzung für eine Zuerkennung von Mitteln bei Projekten gemäß Abs. 2, die Leistungsverschiebungen zwischen dem intra- und extramuralen Bereich zur Folge haben, ist eine entsprechende Dokumentation des Status quo und der Veränderungen des Leistungsgeschehens im intra- und extramuralen Bereich durch die jeweiligen Finanzierungspartner."

8. Im § 6 wird der Punkt am Satzende der Z. 10 durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z. 11 angefügt:

"11. ein Mitglied, das vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bestellt wird."

9. § 8 Abs. 3 Z. 1 bis 3 lauten:

"1. bei Angelegenheiten, die sowohl in die Zuständigkeit des Landes als auch der Sozialversicherung fallen, ist ein Einvernehmen zwischen den Mitgliedern des Landes und der Sozialversicherung erforderlich. Jedem der anwesenden Mitglieder des Landes und der Sozialversicherung sowie dem Mitglied des Bundes kommt je eine Stimme zu, wobei für die Beschlussfassung die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist und zwischen den Mitgliedern des Landes und der Sozialversicherung Einstimmigkeit vorliegen muss;

2. in Angelegenheiten gemäß § 2 Abs. 2 sind nur die anwesenden Mitglieder des Landes und das Mitglied des Bundes stimmberechtigt, wobei für die Beschlussfassung die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist;

3. in Angelegenheiten, in denen die alleinige Zuständigkeit der Sozialversicherung besteht, sind nur die anwesenden Mitglieder der Sozialversicherung und das Mitglied des Bundes stimmberechtigt, wobei für die Beschlussfassung die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist und zwischen den Mitgliedern der Sozialversicherung Einstimmigkeit vorliegen muss;"

10. § 8 Abs. 5 lautet:

"(5) Die Mitglieder gemäß § 6 Abs. 1 Z. 4 bis 11 haben beratende Funktion."

11. § 11 Z. 4 lautet:

"4. der Bundesgesundheitsagentur regelmäßig über vereinbarte und durchgeführte Projekte des Kooperationsbereichs (Reformpool) sowie über den Erfolg dieser Maßnahmen gemäß § 31 Abs. 5 der Vereinbarung;"

12. Im § 11 Z. 5 ist der Ausdruck "Art. 25 Abs. 5" durch den Ausdruck "Art. 30 Abs. 5" und in Z. 6 ist der Ausdruck "Art. 32 Abs. 9" durch den Ausdruck "Art. 37 Abs. 10" zu ersetzen.

Artikel II

(1) Dieses Landesgesetz tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.

(2) Die bis zum 31. Dezember 2007 gemäß § 7 Abs. 1 des Oö. Gesundheitsfonds-Gesetzes, LGBl. Nr. 2/2006, bestellten Mitglieder der Gesundheitsplattform bleiben bis zu einer Neubestellung gemäß § 7 Abs. 1 im Amt.